

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1930

323 (16.7.1930) Morgenausgabe

Bezugspreis: frei Haus monatlich 3.20 RM im voraus im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 3.- RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 RM. Einzelpreise: Wochens-Nummer 10 Pf., Sonntags-Nummer und Feiertags-Nummer 15 Pf. - Im Fall höherer Gewalt, Streik, Auslieferung etc. hat der Besteller keine Ansprüche bei verspätetem oder Nicht-Erscheinen der Zeitung - Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. M. auf den Monats-Vertrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile 0.40 RM. Stellen-Geluche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. - Rufnummern-Zeile 2.- RM. an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tarifreduzierter Abgabe, der bei Nichterhalten des Zieles, bei gerichtlichem Verfahren und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens
Karlsruhe, Mittwoch, den 16. Juli 1930.

Verlag und Verlag von
: Ferdinand Tietzsch
Chefredakteur: Stephan Quirbach
Verlagsleitung: verantwortlich für Politik und Wirtschaftspolitik: M. Fischer; für badische Politik und Nachrichten: A. Kimmig; für Kommunalpolitik: A. Binder; für Lokal- u. Sport: H. Volz; für den Handelsteil: F. Feld; für die Anzeigen: Ludwig Meindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Geschäftsstelle: Brief- und Sammelkasten-Adressen - Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. - Beilagen: Volk und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Kultur- und Vaterland-Zeitung / Landwirt / Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung

Abgabe Hindenburgs an Preußen.

Der Reichspräsident bleibt den preußischen Befreiungsfeiern im Rheinland fern / Einspruch gegen die Nichtaufhebung des Stahlhelmverbots / Ein Brief an den preußischen Ministerpräsidenten.

* Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier und Aachen sowie in Wiesbaden abgelehnt und diese Abgabe mit folgendem Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten begründet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Ihre Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier der preußischen Staatsregierung in Koblenz am 22. Juli habe ich durch mein Schreiben vom 5. Juli angenommen. Meine Teilnahme erfolgte in der Voraussetzung, daß das Verbot des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten, in Rheinland und Westfalen, was ich, wie Sie wissen, in eingehender Prüfung des Tatbestandes als unberechtigt und dem Sinne des Gesetzes zuwiderlaufend bezeichnen muß, bis dahin aufgehoben sei, und auch dieser Verband der alten Soldaten an den Befreiungsfeiern teilnehmen könne. Sie haben zwar die Aufhebung dieses Verbotes, für das sich auch die Reichsregierung verwendet hat, wiederholt in Aussicht gestellt, trotz wiederholter Erinnerungen Sie aber bisher nicht verfügt. Statt dessen hat der preußische Minister des Innern in seinem dem Herrn Reichszkanzler schriftlich übermittelten Schreiben vom 14. Juli 1930

dem Stahlhelm für die Wiederzulassung für Rheinland-Westfalen Bedingungen gestellt, aus deren Formulierung ich entnehmen mußte, daß Sie und das preußische Staatsministerium meinem von der Reichsregierung unterstützten Wunsche nicht zu entsprechen gewillt sind.

Damit schließen Sie den Stahlhelm von der Teilnahme an den Befreiungsfeiern aus und machen es den in dieser Organisation vereinigten alten Frontsoldaten unmöglich, in geschlossener Formation mit zu begrüßen, während alle anderen Verbände bei allen Veranstaltungen der Rheinlandfeiern zugelassen sind und in großer Zahl aufzutreten. Diese ungleiche Behandlung ist für mich unerträglich. Ich kann es mit meiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Überparteilichkeit nicht vereinbaren, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, an denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein - nach meiner Auffassung nicht begründetes - Verbot ihrer Organisation ausgeschlossen sind.

Ich habe mich daher zu meinem Bedauern entschließen müssen, meine Ihnen unter dem 5. Juli erteilte Zusage zur Teilnahme an der preußischen Befreiungsfeier in Koblenz rückgängig zu machen.

Aus dem gleichen Grunde habe ich auch meine in Verbindung mit der Reise nach Koblenz geplanten Besuche in Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt und solange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung gez. von Hindenburg.

Die Reise des Herrn Reichspräsidenten nach Speyer und der Pfalz sowie nach Mainz wird planmäßig stattfinden. Der Herr Reichspräsident wird in Mainz am 20. Juli abends unmittelbar nach Berlin zurückkehren.

Ein Mißklang.

St. O. Ein schriller Mißklang hat plötzlich die Befreiungsfestung der Rheinländer zerrissen: der Reichspräsident hat seine Teilnahme an den Befreiungsfeiern in Koblenz, Trier, Aachen und Wiesbaden abgelehnt, weil das Verbot des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen fortbesteht, und weil er es mit seiner verfassungsmäßigen Pflicht zur Überparteilichkeit nicht vereinbaren kann, an Befreiungsfeiern teilzunehmen, von denen ein Teil von Staatsbürgern durch ein nach seiner Auffassung nicht begründetes Verbot ausgeschlossen ist.

Seit langer Zeit wurde bereits vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung auf den preußischen Ministerpräsidenten Braun eingewirkt, das Stahlhelmverbot aufzuheben, und nach unseren Informationen war mit einer Aufhebung des Verbots zu rechnen.

Am so überraschender kommt das Schreiben Hindenburgs an den preußischen Ministerpräsidenten, durch das er seine Zusage, an den Befreiungsfeiern der preußischen Staatsregierung teilzunehmen, zurückzieht.

Wusste es soweit kommen, daß wir selbst bei diesen großen nationalen Feiern, die unser Volk einig und geschlossen zeigen sollten, uns das alte Erbfeind innerer Zerrissenheit amtlich und öffentlich als anscheinend unausrottbare Beiseiten lassen müssen? Gab es keinen Weg, um diesen Mißklang zu vermeiden?

Wenn wir den Brief Hindenburgs genau durchlesen, dann müssen wir sagen: Es gab einen solchen Weg. Der springende Punkt in dem Schreiben des Reichspräsidenten ist die Feststellung, daß der preußische Ministerpräsident die Aufhebung des Stahlhelmverbots „wiederholt in Aussicht gestellt“ hat, und man fragt sich, warum dieses Versprechen nicht bereits eingelöst wurde, zumal es Herr Braun nicht unbekannt war, daß der Reichspräsident bei einem Fortbestehen des Stahlhelmverbotes nicht in das befreite preußische Gebiet fahren würde. Herr Braun konnte sich um so weniger im Unklaren über die Folgen seiner Verzögerungspolitik befinden, da er wiederholt an die Einlösung seines Versprechens erinnert worden ist.

Da die Zusage des preußischen Ministerpräsidenten, die Aufhebung des Stahlhelmverbotes zu verfügen, vorlag, ohne daß etwas geschah, da in dreimal vierundzwanzig Stunden die Abreise des Reichspräsidenten in das befreite Gebiet erfolgen soll, so wird man zugeben müssen, daß Hindenburg lange genug Geduld gelübt hat, ehe er sich zu seiner Abgabe entschloß.

Aus seinem Schreiben spricht nicht allein der Heerführer, der für die Frontsoldaten eintritt, sondern in erster Linie der Reichspräsident, der über alle Parteigrenzen hinweg das einige Volk in den Befreiungsfeiern um sich sammeln will, um es zu einem neuen Gelübnis des Zusammenhaltens und der Treue zu führen. Das sollte in dem von Parteikämpfen zerrissenen Reich eine Stärkung nach innen und eine einheitliche deutsche Kundgebung nach außen werden.

In diesen Absichten hatte er die Reichsregierung hinter sich. Denn es handelt sich bei seinem Schreiben nicht um eine Amtshandlung, die er ohne Fühlungnahme mit dem Reichskabinett vorgenommen hat. Hat doch auch die Reichsregierung ein Interesse daran, das Volk bei den Befreiungsfeiern einig und geschlossen zu sehen und den Gedanken der Zusammengehörigkeit und Schicksalsgemeinschaft, der nach der Räumung einen neuen Impuls erteilt, nicht unter parteipolitischen Doktrinen zerflattern und untergehen zu lassen.

Denn wann würde noch einmal ein Stunde, groß und heilig wie diese Feiertage am Rhein, wiederkehren, um das Volk aufzurütteln und in dem Wirrwarr unserer innerpolitischen Verhältnisse zur Besinnung zu bringen?

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Noch ist es Zeit, die zerstörte Einheit wiederherzustellen und den Konflikt zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten zu beseitigen. Hindenburg hat die Brücke der Verständigung nicht abgebrochen. Er hat seine Besuche in Koblenz, Trier, Aachen und Wiesbaden „solange verschoben, als die vorerwähnten Gründe bestehen“, d. h., daß er an den Befreiungsfeiern in Preußen teilnehmen wird, wenn das Stahlhelmverbot aufgehoben wird. Es wird also an dem preußischen Ministerpräsidenten liegen, den Konfliktstoff zu beseitigen.

Ueber die Berechtigung des Verbotes mögen die Ansichten auseinandergehen. Das spielt in diesem Falle keine Rolle und sollte nicht ein Anlaß zu neuen juristischen und parteiischen Auseinandersetzungen sein. Der Reichspräsident ist nach eingehender Prüfung des Tatbestandes zu dem Schluß gekommen, daß das Stahlhelmverbot „unberechtigt und dem Sinn des Gesetzes zuwiderlaufend“ ist. Und da Herr Braun die Aufhebung des Verbotes wiederholt in Aussicht gestellt hat, so ist anzunehmen, daß auch er sich zu dieser Auffassung bekennt.

Unter solchen Umständen ist es unerklärlich, warum der preußische Ministerpräsident noch zögert und nicht die Aufhebung des Stahlhelmverbotes verfügt. In der Lage, in der wir uns befinden, können wir uns einfach eine weitere Zerspaltung nicht leisten.

Wer die täglichen Berichte über die Parlaments- und Regierungshandlungen aus Berlin liest, wer sieht, wie dort alles drüber und drunter geht, wer fühlt, daß alles Gute im Parteikampf zu erlösen droht, wer mit offenen Augen und Ohren durch das Volk geht und merkt,

Brauns Antwort.

Wiederzulassung des Stahlhelms nur unter gewissen Bedingungen.

* Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat unter dem 15. Juli an den Reichspräsidenten folgendes Antwortschreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!
Aus Ihrem Schreiben vom 15. Juli 1930 muß ich zu meinem Bedauern erleben, daß Sie Ihre Teilnahme an den rheinischen Befreiungsfeiern im preußischen Gebiet nunmehr von der Wiederzulassung der in den Provinzen Rheinland und Westfalen aufgelösten Gruppen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten e. V., abhängig machen. Ich empfinde dies umso schmerzlicher, als dadurch ein Mißklang in die Befreiungsfeiern hineinkommen muß, den ich, soweit es an mir liegt, gern vermeiden haben würde.

Um Ihrem Wunsche, Herr Reichspräsident, auf Wiederzulassung des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen entgegenzukommen, hat der Herr preußische Minister des Innern mit meinem Einverständnis dem Bundesamt des Stahlhelms gegenüber mit Schreiben vom 14. Juli 1930 die Wiederzulassung der in diesen Provinzen aufgelösten Gruppen der Vereinigung in Aussicht gestellt. In diesem Schreiben, auf das auch Sie, Herr Reichspräsident, Bezug nehmen, hat der Herr preußische Minister des Innern

zum Ausdruck gebracht, daß er gegen eine Neubildung der aufgelösten Gruppen des Stahlhelms in den Provinzen Rheinland und Westfalen keine Bedenken geltend machen werde, wenn ihm von der Bundesleitung des Stahlhelms bindende Zusicherungen für eine künftige, den bestehenden Gesetzen nicht zuwiderlaufende Betätigung gegeben würde.

Zu einer solchen Forderung bestand Veranlassung, da an der Ernsthaftigkeit der Versicherungen des Stahlhelms berechtigte Zweifel gehegt werden mußten, die nur durch besondere Zusagen der verantwortlichen Bundesführer beseitigt werden können. Eine Antwort des Stahlhelms auf das Schreiben des Herrn preußischen Ministers des Innern ist jedoch bisher nicht eingegangen.

Ihre Auffassung, Herr Reichspräsident, daß die Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen dem Sinne des Gesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. 235) zuwiderlaufe, vermag ich mit nicht zu eigen zu machen. Ich stelle vielmehr fest, daß die gesetzlich zuständigen Stellen Preußens und des Reichs übereinstimmend das Verbot auf Grund einmündigen und reichhaltigen Tatsachenmaterials erlassen haben. Es ist mir nicht bekannt, inwieweit Ihnen, Herr Reichspräsident, Material vorgelegen hat, das zu dem in Ihrem Schreiben vom 15. Juli zum Ausdruck gebrachten Urteil führen konnte.

Ich wäre nach wie vor bereit, die Neubildung des Stahlhelms für die in Rede stehenden Gebiete zuzulassen,

falls ich die Ernsthaftigkeit der vom Stahlhelm gegebenen Zusicherungen anzunehmen in der Lage wäre und infolgedessen die Gesamtsituation seines künftigen Verhaltens als gewährleistet betrachten könnte. Dies wäre möglich, wenn der Stahlhelm die von ihm geforderte Erklärung, die lediglich der geltenden Gesetzeslage entspricht, abgibt und damit von sich auch das Hindernis, das Ihrer Meinung nach Ihrer Teilnahme an den Befreiungsfeiern entgegensteht, aus dem Wege räumt.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen wird, die Bedenken, die sich Ihrer Reise in das Rheinland entgegenstellen haben, noch zu beheben und daß es der Bevölkerung des preußischen Gebiets vergönnt sein wird, doch noch Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, bei den Befreiungsfeiern begrüßen zu können.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung
Ihr sehr ergebener gez. Braun.“

Die bisherigen Verhandlungen.

M. Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Zu dem Konflikt zwischen dem Reichspräsidenten und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun erfahren wir von preussischer Seite noch folgendes:

Die Frage der Aufhebung des Stahlhelmverbotes hatte die zuständigen Stellen schon seit längerer Zeit beschäftigt. Unter anderem sei auch der preußische Ministerpräsident verschiedentlich im Gespräch mit dem Reichspräsidenten auf diese Frage zurückgekommen. Auf ein Ersuchen Hindenburgs, das Verbot aufzuheben, habe Braun seinerzeit bemerkt, daß das Verbot des Stahlhelms aus ähnlichen triftigen Gründen wie das Verbot der roten Frontkämpfer erfolgt wäre.

Der Reichspräsident habe dann den preußischen Ministerpräsidenten gefragt, ob er bereit sei, die Stahlhelmleitung, die Herren Gebde und Düsterberg, zu empfangen. Braun habe darauf erwidert, daß er selbstverständlich dazu bereit sei. Von Seiten der Stahlhelmleitung seien jedoch daraufhin keine Schritte erfolgt. Endlich sei in die Besprechungen auch der jetzige Reichszkanzler Brüning eingeschaltet worden. Dr. Wirth habe daraufhin angeregt, ob denn nicht die Stahlhelmbundesleitung gemeinsam mit der zuständigen Reichsinstanz und den verantwortlichen Stellen empfangen werden könne. Braun habe sich hiermit grundsätzlich einverstanden erklärt, allerdings hinzugefügt, daß er erst dann zu einem solchen gemeinsamen Empfang in der Lage sei, wenn vorher die Stahlhelmleitung an ihn wegen der Aufhebung des Verbotes herangetreten sei.

Hierauf habe der Stahlhelm einen Brief an den Reichszkanzler Dr. Brüning geschrieben

und zwar am 23. Juni, in dem der Stahlhelm noch einmal unterstrich, daß das Verbot des Stahlhelms unberechtigt sei, da der Stahlhelm militärische Übungen nicht gestatte. Eine Abschrift dieses Schreibens wurde auf Veranlassung des Reichszkanzlers auch dem preußischen Ministerpräsidenten übermittelt und gleichzeitig vom Stahlhelm die Bitte ausgesprochen, nunmehr das Verbot aufzuheben. Die preußische Staatsregierung sei jedoch der Überzeugung gewesen, daß dieses Schreiben keine Grundlage für die Aufhebung des Verbotes bilden könne, und habe deshalb am 14. Juli an den Stahlhelm ein Schreiben gerichtet, in dem erklärt wurde,

daß das Stahlhelmverbot nur aufgehoben werden könne, wenn der Stahlhelm folgende drei Punkte anerkenne:

1. Der Stahlhelm erkenne die Grundlage des Verbotes im Rheinland und Westfalen als gerechtfertigt an.
2. Der Stahlhelm verpflichte sich für die Zukunft, militärische Übungen zu verbieten.
3. Der Stahlhelm müsse personelle Garantien dafür übernehmen, daß Zuwiderhandlungen gegen Punkt 2 in Zukunft nicht erfolgen.

Ueber diese Erklärung seien die Verhandlungen mit dem Stahlhelm noch nicht abgeschlossen gewesen, als das Schreiben des Reichspräsidenten bei der preußischen Staatsregierung einging. Der preußische Ministerpräsident sei der Auffassung gewesen, daß eine persönliche Aussprache mit dem Reichspräsidenten notwendig sei, jedoch sei die Veröffentlichung des Briefes des Reichspräsidenten an Braun erfolgt, noch während die Anweisung des preußischen Staatspräsidenten auf Nachjuchung einer persönlichen Unterredung mit dem Reichspräsidenten lief. Damit sei gegenwärtig die Tür für eine weitere persönliche Aussprache geschlossen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

wie allüberall Mißmut und Reichsverdrossenheit sich bemerkbar macht, wer schließlich das alles mit einem deutschen Wunden und wehen Herzen miterlebt und weiß, daß es aus all dem Durch-

Ein großer Tag im Reichsparlament:

Brünings letzte Warnung.

Ein Appell an das Verantwortungsbewußtsein des Reichstages. Artikel 1 der Deckungsvorlage angenommen.

Hindenburg ist bereit die Hand zu bieten, möge der preußische Ministerpräsident, dessen Antwort uns, da wir diese Zeilen schreiben, noch nicht bekannt ist, einschlagen, damit die Einigkeit wiederhergestellt ist, damit ein einiges Volk am Rhein den Treuschwur zum Vaterland leisten kann und damit wir vor einer Reichspräsidentenkrise, die warnend im Hintergrund auftaucht, bewahrt bleiben.

Die bisherigen Verhandlungen.

(Fortsetzung von Seite 1)

Inzwischen sei die Antwort des Stahlhelms auf den Brief des Ministerpräsidenten vom Montag eingelaufen. In der Antwort des Stahlhelms werde ausgeführt, daß die Bundesführer nicht in der Lage seien, die vorgeschlagene Erklärung in ihrem Wortlaut zu unterzeichnen.

Von preussischer Seite wird festgestellt, daß diese Antwort des Stahlhelms — vor allen Dingen weil der Stahlhelm erkläre, daß er überhaupt auf der Grundlage einer derartigen Erklärung verhandeln wolle — die Möglichkeit zu Verhandlungen eröffnet, die zu einer Beilegung der Angelegenheit führen könnten.

Das Pensionenkürzungsgezet im Haushaltsauschuß angenommen.

* Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Der Haushaltsauschuß des Reichstages genehmigte am Dienstag zunächst das Baurechtsgesetz 1930. Der Auschuß fällt dann die Entscheidung über das sozialistische Pensionenkürzungsgezet, das in einer etwas veränderten Fassung angenommen wurde. Nach dem Beschluß des Auschußes werden die Bezüge für Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger und versorgungsberechtigte Hinterbliebene, wenn sie neben den Versorgungsgebühren ein steuerfreies Arbeitseinkommen beziehen, um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Arbeitseinkommen 6000 Mark jährlich übersteigt.

Das Weingezetz verabschiedet.

* Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Im Reichstag wurde am Dienstag das Weingezetz einstimmig angenommen. Die Bestimmungen über den Hydrirtenwein sollen nicht — wie der Auschuß beschlossen hat — 1940, sondern bereits am 1. September 1935 in Kraft treten.

Eine Million Mark für die Neuroder Bergleute.

* Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Im Reichstag wurde zu Beginn der Dienstagsitzung bei der Aussprache über das Neuroder Grabenungelück der Antrag des Haushaltsauschußes in folgender Fassung angenommen: „Die Reichsregierung wird ersucht, aus Anlaß der großen Grubenkatastrophe in Neurode bis zu einer Million Mark dem Bergmannsverband für den niederschlesischen Steinkohlenbezirk beim Obergbergamt Breslau zur Unterstützung der Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Bergleuten im Waldenburg-Neuroder Steinkohlenbezirk und ferner zur Hebung der Gesundheit der Bergarbeiterbevölkerung dieses Bezirkes zur Verfügung zu stellen.“

Deutschlands Antwort an Briand überreichelt.

Berlin, 15. Juli. (Funkpruch.) Die deutsche Regierung hat am Dienstag durch den deutschen Botschafter v. Hoelz ihre Antwort auf Briands Paneuropa-Vorschlag überreichen lassen.

Schlutzfeier des Badener Heimattages.

Badischer Komponistenabend.

Im ausverkauften Saale der Festhalle wurde der Badener Heimattag mit einem künstlerisch bedeutenden Orchester- und Chorleiter beschlossen. Es war ein festlicher Abend heimatlischer Kunstpflege. Ein erhebender, würdiger Ausklang. Die Komponisten Weismann, Philipp, Trunk und Ufer wurden auf das Herzlichste durch einmütigen, langanhaltenden Beifall gefeiert. Unserem ausgezeichneten Landes-theater-Orchester und seinem Leiter Josef Krips und dem Männergesangsverein Wiederhage sei für die hervorragenden Darbietungen vollste Anerkennung gesagt. Von Friedrich Klose, 1862 in Karlsruhe geboren, sind in Karlsruhe viele Werke bekannt und geschätzt. Lange auf dem Spielplan hielt sich seine 1903 von Felix Motil uraufgeführte „Miebiß“. Man kennt seine lyrische Dichtung „Das Leben, ein Traum“, seine eigenartigen Lieder, seine persönlichen, padenden Männerchöre, seine „Wallfahrt nach Knebel“, man kennt auch aus wiederholten Aufführungen das in diesem Abend gesehlete Werk, nur seine größte, tiefste und vielleicht auch wirkungsvollste Schöpfung „Der Sonne Geist“, Text von Alfred Nornberg, für Solostimmen, Chor und Orchester ist unbekannt. Sein „Präludium und Doppelzug“ für Orgel mit Hinzuziehung von vier Trompeten und vier Posaunen am Schluß ist ein Dant an seinen Lehrer Anton Brudner. Das Hauptthema, im Präludium einem eigenen, choratischen gegenübergestellt, in der Fuge erweitert, stammt aus einer Orgelimprovisation, die Klose von Brudner in Banreuth hörte. Hermann Pfauz vermittelte diese Schöpfung, deren Doppelfuge mit außerordentlichem Kontrapunktischen Können gebaut ist, wunderpoll farbig und sinngemäß registriert. Der Einsatz der Bläser bringt eine klare, nach außen neigende Wirkung. Über Friedrich Klose, der Neu-Romantiker, der in „Miebiß“ seine Naturstimmungen schrieb, steht solche Klangfärbungen. Ueber Julius Weismann, der mit seiner Suite für Klavier und Orchester (Opus 97) vertreten war, wurde an

m. Berlin, 15. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Nun ist auch der Dienstag vorüber, der die endgültige Klärung bringen sollte. Tatsächlich ist man aber so gut wie gar nicht weiter gekommen. Gleichwohl hat es im Reichstag einen sogenannten großen Tag gegeben. Aber das ist im Grunde genommen auch alles, wodurch sich das parlamentarische Getriebe des Dienstags auszeichnete. Verhandlungen hinter den Kulissen, wie sie an den letzten Tagen noch üblich waren, hat es nicht gegeben. Alles wickelte sich diesmal im Plenum ab, das einen außerordentlich guten Besuch zeigte. Auch die Tribünen waren überfüllt. Das ganze Kabinett war aufmarschiert, ebenso sämtliche Ländervertreter, dazu der riesige Stab von Beamten und Mitarbeitern. Kurzum, im Hause herrschte ein Hochbetrieb und eine Spannung, wie man sie eben nur zu verzeichnen hat, wenn wirklich wichtige Dinge von weittragender Bedeutung auf dem Spiele stehen.

Der Kanzler hat es sich denn auch nicht nehmen lassen, persönlich noch einmal das Haus zu ermahnen, angesichts der katastrophalen Finanzlage das erforderliche Verantwortungsbewußtsein aufzubringen und für eine Beilegung des Defizits zu sorgen. Er ließ auch keinen Zweifel darüber, daß bei einem negativen Ausgang der zweiten Sitzung die Regierung von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen werde. Die Warnung war deutlich genug.

Reichskanzler Dr. Brüning

leitete die Beratungen der Deckungsvorlagen ein. Er stellte fest, daß es angesichts der gesamtpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen nicht notwendig sei, lange Ausführungen zu machen. Das Volk verlange die Entscheidung und keine weiteren Reden. Auf dem Lande laufe ein Gefühl der Unsicherheit, das für eine Anfurderung der Wirtschaft hemmend wirke. Jeder ist es so, daß die Gründe der Reichsregierung für ihre Sofortmaßnahmen nicht überall verstanden werden. Wir stehen in einer wirtschaftlichen Entwicklung von einer Bedeutung, wie wir sie in den letzten drei Jahrzehnten nicht gehabt haben. Wir stehen vor einer Preisrevolution internationaler Art,

die nicht nur die deutsche Regierung zwingt, sich bei den Etatvoranschlägen außerordentlicher Gewissenhaftigkeit zu befleißigen. Eine große Zahl von Produkten hat bereits das Vorkriegsniveau unterschritten. (Zurufe links: „Bei uns sind sie teurer geworden!“) Es besteht die Gefahr, daß wir es nicht mit einer konjunkturellen Depression vorübergehender Art zu tun haben, sondern mit einer völligen Strukturwandlung der gesamten Weltwirtschaft. Dadurch ist die Reichsregierung vor ungeheure Aufgaben gestellt. Wenn eine Reichsregierung in dieser Stunde darauf verzichten würde, alle notwendigen Maßnahmen sofort durchzuführen, dann hätte sie ihre Pflicht vor der Geschichte und dem deutschen Volk schmachvoll verletzt. (Zustimmung in der Mitte.) Deshalb müssen wir den Mut haben, für die Sanierung der Finanzen und der Sozialversicherung der Parteien neue Opfer zugunsten. Wenn wir alle unsere Pflicht tun, besteht kein Grund, dem schrankenlosen Pessimismus zu verfallen. Für die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft bedeutet die Preisentwertung keinen Abstieg, sondern den Beginn des Wiederaufstiegs.

Die Voraussetzung für die Durchführung aller dieser Maßnahmen und der von der Regierung vorgeschlagenen weiteren Reformen ist aber, daß vorher das Defizit des Reichsetats gedeckt wird. Dazu gibt es keine anderen Möglichkeiten mehr als die von der Regierung vorgeschlagenen.

(Lebhafter Widerspruch links.) Das Ziel der Regierungspolitik ist, eine Politik auf lange Sicht nach einheitlichem Plan durchzuführen und geschicklich zu verankern. Diesem Ziele dienen auch die für den Herbst beabsichtigten Maßnahmen. Alle diese Arbeiten wären erfolglos, wenn das Parlament jetzt nicht die Verantwortung aufbringen würde, seine Pflicht zu erfüllen. Die Reichsregierung ist sehr überzeugt, daß der Reichstag dieser Verantwortung trotz aller Schwierigkeiten gerecht werden wird. Es ist eine große Stunde für den Reichstag angebrochen. (Gelächter links und Rufe: „Banzott!“) Demokratie und Parlament werden am besten gefördert durch den Mut zur Verantwortung auch zu unpopulären Maßnahmen. Sollte der Reichstag diese Verantwortung nicht aufbringen, so wird die Reichsregierung im Interesse der Demokratie

von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen,

die zur Abdeckung des Defizits im Reichshaushalt notwendig sind. (Beifall und Handklopfen in der Mitte.)

Nach der Rede des Reichskanzlers beantragte der Zentrumsgesandte Esser, nicht in die allgemeine Aussprache über die Deckungsvorlage einzutreten, sondern lediglich den ersten Paragraphen mit Klünderiger Redezeit zu beraten und dann sofort die Entscheidung über diesen Paragraphen zu fällen. Von den Sozialdemokraten wurde daraufhin der Antrag gestellt, die Sitzung um eine Stunde zu verlagern, damit die Fraktion zunächst zu dem Vor-

schlag des Abg. Esser Stellung nehmen könne. Dieser Berathungsantrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Um 5 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der Antrag des Abg. Esser (Zentrum) wurde mit der Maßgabe angenommen, daß die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt wird. Die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt wird. Die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt wird. Die Redezeit auf eine halbe Stunde festgesetzt wird.

Abg. Dr. Oberjohren (Dnfl.) gab darauf von seinem Abgeordnetenamt aus folgende Erklärung ab: Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist der Auffassung, daß eine irgendwele wesentliche Veränderung der Situation seit der Beratung der Deckungsvorlage in erster Sitzung nicht eingetreten ist. Die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei ist daher entschlossen, auf dem Inhalt der Erklärung zu beharren, die sie bei der Beratung der Deckungsvorlage in erster Sitzung abgegeben hat.

Abg. Dr. Höfer (Ztr.) stimmte der Deckungsvorlage zu. Das Zentrum stelle sich in dieser Stunde hinter die Regierung, weil es sich seiner Verantwortung vor Volk und Vaterland bewußt sei.

Abg. Dr. Scholz (Dnfl.) erklärte, die Partei stimme der neuen Deckungsvorlage zu, um der Regierung in der jetzigen Notzeit die Möglichkeit zur Durchführung der notwendigen Reformen zu geben.

Abg. Mollath (Ztr.) betonte, die Deckungsvorlage enthalte durchaus nicht in allen Teilen den Wünschen der Wirtschaftspartei, die er stimme ihr nur zu, weil die erforderliche Beitragserhöhung zur Erwerbslosenfürsorge durch Senkung der Krankenversicherungsbeiträge eine neue Belastung der Wirtschaft verbedere und damit der Anfang zu einer grundlegenden Reform des Sozialversicherungswesens gemacht werde. Die Anwendung des Artikels 48 halte die Partei nur für tragbar, wenn gleichzeitig durch Auflösung des Reichstages das Volk zur endgültigen Entscheidung herufen werde.

Abg. Weiser (Dem.) betonte, seine Partei würde sich zur Annahme der Deckungsvorlage nicht entschließen können, wenn es sich um diese Vorlage allein handelte. Sie betrachte das ganze Gesetzgebungswert als eine Teilerform, die unzerzählich weitergeführt werden müsse.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) erklärte, aus höheren politischen Gesichtspunkten heraus werde die Bayerische Volkspartei ihre Bedenken zurückstellen und dem Artikel 1 zustimmen.

Abg. von Lindener-Wildau (Dnfl. Arbeitsgemeinschaft) gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine Mehrheit den Staatsnotwendigkeiten nicht verlagen werde. Sollte das nicht der Fall sein, so werde die Regierung hoffentlich das als notwendig Ermannte unbezweifelbar mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen.

Abg. Böhrig (Christl. Nat. Bauernpartei) sah die Vorschläge der Regierung als einen wenig geeigneten Notbehelf an. Seine Partei werde der Deckungsvorlage zustimmen in der Erwartung, daß die Regierung im Herbst ein umfassendes Reformprogramm vorlegt.

Bei der Abstimmung wurde dann der Artikel 1 mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Artikel 1 lautet: „Zum Ausgleich der Auswirkungen im ordentlichen Reichshaushalt, die sich infolge der schlechten Wirtschaftslage ergeben, werden für die Zeit bis zum 31. März 1931 von den Einnahmen der Personen und von den einkommensteuerpflichtigen Personen einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben.“

Darauf wurden die Beratungen abgebrochen und auf Mittwoch 3 Uhr verlagt.

Tages-Anzeiger.

Mittwoch, den 16. Juli.

Commer-Vorstellung Konzeptionshaus: Die goldne Meisterin, 8 Uhr. Einladungen: Nachmittags-Konzert der Goldne Meisterin, 4-1/2 Uhr. Baden im Ausland: Besichtigung der Ausstellung, 2 bis 7 Uhr. Eintrakt: Abends, 7 bis 9 Uhr. Josef Rühr, 49 Uhr. Kaffe-Vorstellung: Großen Sonder-Konzert, 49 Uhr. Kaffe des Westens: Gesellschafts-Abend, 49 Uhr. Kaffe Deon: Abends und Ehrenabend des Kapellmeisters Rindsta- fchkan, 49 Uhr. Kaffe-Rabaret: Abend: Neues Attraktions-Programm. Komu-Wege: 49 Uhr. Union-Theater: Jumbooper. Residenz-Kapelle: Das Lamm. Schaubura: The Singing Fool (Der singende Narr).

geblichen: Die lyrische Haltung, die Lyrik süddeutscher Prägung, das personene und stille Künstlerintellekt, die Liebe zum Riede und Liebhaften.

Mit einer symphonischen Dichtung für große Orchester trat der Karlsruher Arzt Dr. Hermann Ufer erstmals als Komponist hervor und hatte einen herzlichen Erfolg. Seine Musik, die aus einer zurückliegenden Epoche ihre Anregungen holt, stellt keine Probleme, sie liegt offen da, sie ist auf Schönklang, auf Glätte gestellt. Die einprägnanten, oft süßen Melodien ziehen breit, kommen gern im Klang der Violinen, in den Hörnern, oder werden von Holzbläsern bei Harfenbegleitung vorgetragen. Einige Höhepunkte werden durch klarfällige Holzbläser- und Blechbläser erreicht. Diese „Berg- halle“ ist von romantisch weicher Stimmung erfüllt und als Erstlingswerk durchaus beachtenswert. Dr. Hermann Ufer ist ein personener, warm empfindender Musiker, der, nach diesem Werke zu urteilen, in den Bezirken des Liedes, des zart empfindenden, klaren, sich vielleicht reiner und schöner, eigener aussprechen wird. Man darf seinem weiteren künstlerischen Schaffen alles Interesse entgegen bringen.

Den Schluß des Abends machte der halbvergessene badische Musikant Joseph Martin Kraus. Seine C-Moll-Sinfonie hinterließ einen bedeutenden Eindruck. Das Orchester ist etwa das von Joseph Handl, an den er oft erinnern mag. Das Andante ist sehr warm empfunden. Die den Streichern entgegengeführte Melodie des Hauptgottes mag manchen Hörer an Mozart erinnern haben. Aus dieser Musik, die vor allem Stil hat, spricht ein echter Musikant, der bei ihrer Niederschrift innerlich beteiligt war, spricht ein Klarer und hemeilicher Geist, der innig und organisch seine Gedanken ordnet. Dabei ist die Form einfach, das Orchester durchsichtig und klarfällig behandelt. Joseph Martin Kraus hatte für seine Zeit (nach Gluck) den „großen Stil“, aber für uns, die wir über ein Jahrhundert und seine vielfachen Wandlungen durch die Klassik und Romantik zurück sehen, vielleicht doch nicht die alles umfassende Kraft und den zwingenden Blick in die Tiefe der Seele.

Intendant Dr. Gronacher hat für das Frankfurter Schauspielhaus für die nächste Spielzeit zur Aufführung erworben: „Mitschwi“ von Georg Kaiser, „Aufsack“ von Leonhard Frank, „No- tion“ von Hermann Kesser, „Agarua lichte“ von O'Neill, „Der Sabbat“ von Arthur Schnitzler, „Marmor“ von Demafo, „Cwiler Aufbruch“ von Dantillon.

Nachrichten aus dem Lande.

1. Friedrichstal (Baden), 15. Juli. (Auswanderer.) Kürzlich verließen: Albert Hornung, Kolonist, Wilhelm Sigmund Gorenflo, der eine Autovermietung inne hatte, und Landwirt Gustav Hübler ihren hiesigen Heimatort, um sich in Kanada eine bessere Existenz zu suchen. Sämtliche sind verheiratet und gedenken ihre Frauen bald nachholen zu können.

— Malsh bei Ettlingen, 15. Juli. (Freitod.) Ein etwa 77 Jahre alter Landwirt hat sich am Montag in der Scheune seines Hofes an der Leiter erhängt. Der alte Mann wohnte nach dem kürzlichen Tode seiner Frau bei seinem Sohn. Man vermutet, daß der alte Mann die Tat in geistiger Umnachtung begangen hat.

— Flehingen (bei Bretten), 15. Juli. (Der Wechsel in der Erziehungsanstalt.) Direktor Gregor der hiesigen Erziehungsanstalt wird am Mittwoch seine Stelle als Referent für das Erziehungsweesen im Ministerium in Karlsruhe antritt. Gleichzeitig wird Oberrechnungsrat Holderer in seinem früheren Wirkungskreis Bruchsal im Laufe dieses Monats zurückkehren. Der ehemals hier stationierte Oberrechnungsrat Dr. Schell wird alsdann beide Posten, Direktion und Verwaltung, in einer Person bekleiden; seine Verlegung hierher wird ebenfalls diesen Monat noch vollzogen werden.

ep. Florheim, 15. Juli. (Mithürgermeister Jakob Barth.) In dem nahegelegenen Bezirksort Düren fand unter harter Beteiligung der ganzen Gemeinde die Bestattung des Mithürgermeisters Jakob Barth statt. Der Verstorbene wirkte in 21jähriger Dienstzeit für sein Dorf und mußte krankheitsbedingt im vorigen Jahre sein Amt niederlegen. Nun ist der allgemein verehrte und hochgeschätzte Mann im besten Alter von 52 Jahren dahingegangen.

M. Bruchsal, 14. Juli. (Statistik der Allgemeinen Ortskrankenkasse.) Der Mitgliederstand der Kasse betrug am 1. Juli insgesamt 14060 Mitglieder einsehlich der 1722 erwerbslos Gemeldeten, (6282 männliche und 7778 weibliche Mitglieder) gegenüber 14155 einsehlich der 1812 Erwerbslosen im Vormonat. Nach Stadt- und Landbezirk getrennt waren in Bruchsal 5697 inkl. 300 Dienstboten gemeldet, gegenüber 5611 inkl. 306 Dienstboten im Vormonat. In dem zum Kassenbezirk gehörenden Landgemeinden waren gemeldet 8363 gegenüber 8544 im Vormonat. Arbeitsfähige Kranke, die in Krankengeldbezug stehen, wurden 179 männliche und 226 weibliche Mitglieder gezählt. In den Krankenhäusern wurden 19 männliche und 22 weibliche Mitglieder stationär behandelt, im Erholungsheim befanden sich 5 männliche und 22 weibliche Personen. Zusammen 478 erwerbsunfähige Kranke oder 3,36 Prozent der gesamten Mitgliederzahl, gegenüber 533 oder 3,77 Prozent im Vormonat. Wochenhelfen wurden in 136 Fällen und Familienwochenhilfe in 45 Fällen bezahlt.

r. Waghäusel, 15. Juli. (Hohes Alter.) Am Sonntag feierte der älteste noch tätige Beamte der Zuckerfabrik Waghäusel, J. Bühler sen., seinen 88. Geburtstag. Bühler steht seit dem Jahre 1865 im Dienste der landwirtschaftlichen Abteilung der Zuckerfabrik Waghäusel.

Heidelberg, 15. Juli. (Rechte Heidelberger Schloßbeleuchtungen.) Die letzten großen Schloßbeleuchtungen in Heidelberg werden am 20. Juli und 11. August stattfinden. Beides sind vollständige Beleuchtungen des Schlosses und der alten Brücke mit dem anschließenden Feuerwerk.

r. Kastatt, 15. Juli. (Sommerfest des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz.) Der Zweigverein Kastatt des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz veranstaltete am Samstag im Museum eine gut gelungene Aufführung mit Illumination, Konzert, Gesang und Tanz, deren Reinertrag wohltätigen Zwecken (Kinderbeschäftigung und Salzbad) dient. Die Turnerschaft Kastatt und der Gesangsverein „Frohstimm“ stellten sich in den Dienst der guten Sache, während zwei Abteilungen der Kapelle der Freim. Feuerwehr Kastatt den musikalischen Teil bestritten. Den Glanzpunkt des Abends bildete das vorzügliche Ausstattungsspiel: „Bijou im Ritteraal des Kastatter Schlosses“, das eine treffliche Gegenüberstellung der Festzeit und der ehemaligen Zeit des Türkenloos und der Markgräfin Sibylla brachte und einen Spuk im Schlosse veranschaulichte, wobei die Fürstlichkeiten aus dem Rahmen ihrer lebensgroßen Porträts um die Geisterstunde herausstraten und sich die moderne Zeit anjahen.

(c) Gaggenau, 15. Juli. (Aus dem Gemeinderat.) Für die Kneippische Wasserheilkunst werden verschiedene Anschaffungen genehmigt. — Der Preis der Hauptkarte für die Benutzung des Waldseebades für die Mitglieder des Schwimmverbandes wird auf 6 Mark festgesetzt. — Die Einführung einer ortspolizeilichen Vorschrift über das Baden an öffentlichen Orten soll erfolgen. — Die bei der Stadt beschäftigten Ausgezeichneten sollen von den Pflichten der Krisenunterstützungsempfänger getrennt werden. — Von dem Austritt des Theodor Schlegel aus dem Bürgerausschuß wird Kenntnis genommen. — Die Zahlungstermine für die Entrichtung der Gemeindefinanzumlage werden festgesetzt: für die erste Rate 14 Tage nach Zustellung des Forderungzettels; zweite Rate am 1. Oktober 1930; dritte Rate am 1. Januar 1931. — Das Gesuch der Eisenwerke wegen Nachlaß der Gebäudelaststeuer aus Billigkeitsgründen muß abgelehnt werden. — Gegen die Entschließung des Bezirksamtes Kastatt, wonach die Bauaufsichtsektion im Wohnhausbau teilweise ausgegliedert werden soll, wird Einspruch erhoben beim Ministerium des Innern. — Zum Schulrat für die Volksschule wurde Dr. Walter Kahner bestimmt. — Da der Besuch des Waldseebades mit Luft- und Sonnenbad durch Auswärtige immer mehr zunimmt und insbesondere von Wochenendlern zum Sonntagsaufenthalt benützt wird, wird das Bad über die Mittagszeit nicht mehr geschlossen.

Baden-Baden, 15. Juli. (Städtische Schauspiele.) Kleines Theater. Zwei Gastspiele des Oberbayerischen Bauerntheaters „Die Tegenerleer“. Samstag: „Die drei Dorfheiligen“ (Bauernschwanz). Sonntag: „Wer zuletzt lacht...“ (Dorfomdie).

Singen a. S., 15. Juli. (Voranschlag 1930/31.) Der Voranschlag 1930/31 der Stadteingemeinde Singen schließt in den Ausgaben mit 2 797 798 RM. und in den Einnahmen mit 2 197 097 RM. ab, so daß ein ungedeckter Aufwand von 600 701 RM. vorhanden ist. Es wird die Erhebung einer gegenüber dem Vorjahr erhöhten Umlage notwendig. Diese beträgt beim Grundvermögen 91 Pfg. (i. V. 97 Pfg.), beim Betriebsvermögen 37 Pfg. (32 Pfg.) und beim Gewerbeertrag 456 Pfg. (395 Pfg.).

Abbruch der Walldürner Wallfahrt.

h. Wallbühl, 15. Juli. Die vier Wochen dauernde Walldürner Jubiläumswallfahrt fand ihren Abschluß in einem Heimattag, der am Sonntag stattfand. Die aus nah und fern herbeigeeiften Heimatfreunde trafen sich zu einem Festessen, in dessen Verlauf Realschuldirektor Schmitt den Willkommengruß einbrachte. Medizinalrat Dr. Gert-Waldbühl gab ernste und heitere Walldürner Jugenderinnerungen zum besten. Unter Führung von Geistlichem Rat Dorpat wurde die prachtvoll erneuerte Heiligblutkirche besichtigt. Im Thyrnsaal fand eine große Versammlung statt. Er gab sodann einen Ueberblick über die Geschichte der Wallfahrt und der Wallfahrtskirche. Mit größtem Interesse lauschten die Versammelten sodann dem Vortrag des Universitätsprofessors Dr. Göller (gebürtig aus Herzogenaurach). Er gab einen Querschnitt durch die Geschichte der christlichen Wallfahrten von der frühesten Zeit bis zur Gegenwart. Einleitend behandelte er die Entstehungsgeschichte der Walldürner Wallfahrt aufgrund der historischen Quellen. Bürgermeister Geier, der die Anregung zu diesem Heimattage gegeben hatte, dankte den Rednern. Die Heimatsfeier wurde umrahmt durch musikalische Darbietungen des Männergesangsvereins und des Gesangsvereins Frohstimm.

40 Jahre Münsterbauverein Freiburg.

Freiburg, 15. Juli. Im letzten Geschäftsjahr des Freiburger Münsterbauvereins, dem 40. seit seinem Bestehen, wurde eine Reihe von Instandsetzungsarbeiten am Münster ausgeführt. So große Ausbesserungsarbeiten an der Fensterwand des zweiten südlichen Seitenschiffes und am zweiten Pfeiler der südlichen Chorseite. Weiter wurde gearbeitet an der Messingalerie über der St. Annakapelle und am Fialenaufbau eines Kapellenpfeilers, an der Nordseite über der Chorplattform. Der dritte Streppfeiler der Chorfüllung wurde eingestrichelt, an nördlichen Treppentürmen des Westtors waren zwei Fenstergehäuse auszumauern. Dann gelangte auch der Umbau der Chororgel zur Ausführung. Neben einer Reihe laufender Instandsetzungsarbeiten wurde auch der Gemäldebau der südlichen Renaissance-Vorhalle erneuert.

Die schlechte wirtschaftliche Lage, die Verluste, die der Verein in der Inflation erlitt, beschränkten die Arbeiten außerordentlich. Die Finanzierung der Aufgaben erfolgt in der Hauptsache durch Lotterien.

Die Speyerer Schiffsbrücke wieder verkehrsfähig.

Speyer a. Rh., 15. Juli. Die Beschädigungen der Schiffsbrücke bei Speyer waren am Montag abend 20.30 Uhr so weit behoben, daß der Straßenverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Mit dem Personenzug 1042, Speyer Hauptbahnhof an 12.23 Uhr, wurde am Dienstag auch der Eisenbahnverkehr wieder hergestellt.

Ernennungen — Verlegungen — Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts: Verlegt: Direktor der Oberrealschule in Rehl: Alois Mader und auf sein Ansuchen als Professor an das Realgymnasium I in Mannheim; die Professoren: Friedrich Dux am Gymnasium in Wertheim an das Gymnasium in Vöhrach; Robert Geisler an der Pädagogischen Hochschule in Heilbronn am Realgymnasium in Rehl; Dr. Josef Lausmann an der Pädagogischen Hochschule in Heilbronn an die Oberrealschule in Rehl; Josef Müller am Realgymnasium in Willingen an das Gymnasium in Heilbronn; Clara von Schmitz-Murdoch an der Oberrealschule in Rehl an das Realgymnasium in Rehl; Vorber Dux an der Oberrealschule in Rehl an die Oberrealschule in Vöhrach; Reallehrer Karl Feilich, Leiter der Bürgerschule in Kandel als Reallehrer an die Oberrealschule in Vöhrach. Zur Ruhe gesetzt: Verwaltungsratspräsident Mathilde Goddard beim Kreisamt Vöhrach bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit. Kraft Gelebes tritt in den dauernden Ruhestand: Gymnasialdirektor Dr. August Hausrath am Friedrichs-Gymnasium Freiburg auf 1. Oktober 1930; Professor Eduard Fertia am Gymnasium Durach auf 1. Oktober 1930. Gestorben: Der zur Ruhe gesetzte ordentliche Professor, Scheinrat Dr. Paul Kräfte an der Universität Freiburg am 15. Juni 1930.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt: Die Verwaltungsratspräsidenten Viktor Schoder und Karl Maffei bei der Landesversicherungsanstalt Baden zu Rechnungsprüfern. Zur Ruhe gesetzt: Auf Ansuchen des Oberamtsverwalters Friedrich Simmermann in Kandel.

Zustimmungsministerium:

Ernannt: Gerichtsverwalter Heinrich Runkel beim Amtsgericht Mannheim zum Justizoberinspektor. Verlegt: Justizinspektor Bruno Wals beim Amtsgericht Neustadt zum Amtsgericht Mannheim; die Justizoberinspektoren Willibald Las bei dem Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Wertheim, Emil Gorch beim Amtsgericht Wertheim zum Amtsgericht Mannheim, Wilhelm Schweizer beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Emmendingen und Franz Rau beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Badstätt. Oberaufseher Karl Holzeisen beim Bezirksamtamt Badstätt zum Landesoberamtsamt Freiburg.

Entlassen auf Antrag: Kanalkin Anna Müller beim Amtsgericht Karlsruhe, Landesgerichtsrat Dr. Hermann Loderer in Karlsruhe.

Finanzministerium:

Uebertragen: Das Postamt Staufen II dem Postamt Wöhrach in Enzberg, das Postamt Ebnau I, dem Postamt Säger in Badstätt unter Ernennung zu Postamtsvorständen. Zur Ruhe gesetzt kraft Gelebes: Postamt Alexander Krieger in Badstätt.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Postamt Jakob Gerhäuser in Siegelbach, Postamt Daniel Marz in Kirrlach.

Gestorben: Professor Dr. Karl Schmidt an der Neuburg-Oberrealschule in Freiburg i. Br. am 16. Juni 1930.

Rechnungswesen:

In den Ruhestand tritt kraft Gelebes: Ministerialoberrechnungsrat Eduard Feubner.

Aus dem Bereich des Staatsministeriums:

Ernannt: Ministerialrat Dr. Gustav Keller im Ministerium des Innern zum Mitglied des Kompetenzgerichtsbofs.



NEUESTE SPORTNACHRICHTEN DER BADISCHEN PRESSE

Große Erfolge der Karlsruher Sportvereinigung Germania

bei den nationalen Bestreiwungswettkämpfen am 12. und 13. Juli in Birmalsen.

Der 1. Athletenklub Birmalsen hatte anlässlich seines 40jährigen Stiftungsfestes und der Befreiung der Pfalz am 12. und 13. Juli große nationale Bestreiwungswettkämpfe offen für sämtliche Mitglieder des D.M.S.V. von 1891 ausgeschrieben. Die Sportvereinigung Germania Karlsruhe hatte acht ihrer Aktiven zu den Wettkämpfen entsandt, welche mit großen Erfolgen zurückkehrten. Es wurden insgesamt 7 erste, 4 zweite, 2 dritte und ein fünfter Preis errungen. Weiter erhielten die Teilnehmer des Vereins einen wertvollen Ehrenpreis für die beste Gesamtleistung. Die einzelnen Sieger sind: Erwin Burkhard im Hammer- und Gewichtwerfen Feder- und Mittelgewicht je den 1. Preis, Albert Kühner im Steinstoßen Feder- und Mittelgewicht den 1. und im Gewichtwerfen den 3. und im Steinstoßen den 4. Preis, Hans Mühlh in Leichtgewicht Hammerwerfen den 2., im Gewichtwerfen den 3. und im Mittelgewicht den 3. Preis, Karl Müller im Steinstoßen Mittelgewicht den 3. Preis, Oskar Dreier im Gewichtwerfen Mittelgewicht den 1., im Hammerwerfen den 2. Preis, Alfred Junker im Ringen Bantamgewicht den 3. Preis, Gotthilf Wiedmaier im Ringen Mittelgewicht Altersklasse den 1., im Hammerwerfen Mittelgewicht den 1. und im Gewichtwerfen Mittelgewicht den 2. Preis. Die ersten Sieger erhielten wertvolle Ehrenpreise, die übrigen die für die Wettkämpfe besonders geprägten Preismedaillen. Bei dem Festbankett konnten die Athleten des Vereins mit ihren Vorführungen überaus großen Beifall ernten.

Ländertampf England — Italien.

1931 Rückkampf Deutschland — England.

Zwischen den Leichtathletik-Verbänden von England und Italien ist ein Ländertampf vereinbart worden, der erstmalig am 22. August in London zum Austrag gelangt, während der Rückkampf erst für das Jahr 1933 vorgemerkt ist. England kann allerdings zu diesem Treffen nur eine zweite Garnitur aufbieten, da die Besten des Landes bei den Britischen Weltspielen in Kanada sind. — Im nächsten Jahre steigt auf deutschem Boden der Rückkampf Deutschland — England. Bei der ersten Begegnung im August 1929 in London siegten die Deutschen mit 8:4 Punkten.

Der Stand der Deutschen Motorrad-Straßenmeisterschaft.

Der Stand der Deutschen Motorradstraßenmeisterschaft lautet nach den ersten drei Läufen (Eilenriede, Königsbrunn und Solitude) in den einzelnen Klassen wie folgt: Bis 250 cm: 1. Winkler Chemnitz auf DAW, 9 Punkte; 2. Friedrich-Chemnitz auf DAW, 6 Punkte; 3. Geiß-Fortheim auf DAW und Köstlin-Bietheim auf DAW, je 5 Punkte; 4. Gehring-Stuttgart auf WZ, und Köster-Borsgloh auf DAW, je 4 Punkte. — Bis 350 cm: 1. Klein-Waldkirch auf DAW, 10 Punkte; 2. Dom-Ludwigsburg auf Standard, 9 Punkte; 3. Müller-Schopau auf DAW, und Hiller-Feuerbach auf Mongomerie, je 4 Punkte; 4. Heper-Krefeld auf WZ, 3 Punkte; 5. Neuberger-Neunkirchen auf WZ, und Mahlenbrei-Stuttgart auf Velozette, je 3 Punkte. — Bis 500 cm: 1. Jünderhof-Köln auf DAW, und Bonhofer-München auf DAW, je 9 Punkte; 2. Baehold-Köln auf Carolea, 6 Punkte; 3. Bullus-Nedersulm auf WZ, 5 Punkte; 4. Ulmen-Düffeldorf auf WZ, Semmt-Ebersbach auf Gillet und Engelbrecht-Bünde auf DAW, je 3 Punkte. — Bis 1000 cm: 1. Wiese-Hannover auf WZ, 9 Punkte; 2. Suth-Breslau auf WZ, 7 Punkte; 3. Teich-Köln auf WZ, 6 Punkte; 4. Jünderhof auf WZ, 5 Punkte; 5. Rüttgen-Erteles auf WZ, 4 Punkte.

Punkttabelle des Deutschen Ruder-Verbandes.

Amicitia Mannheim weit an der Spitze.

In der amtlichen Punkttabelle des Deutschen Ruder-Verbandes, die die Leistungen der Rudervereine in unbeschränkten Rennen auf den sechs großen Regatten Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, Mainz und Mannheim, sowie auf der Meisterschafts-Regatta in Berlin-Grünau nach Bootsgattungen mit Punkten bewertet, steht wie im Vorjahre der Mannheimer R. V. Amicitia mit bestem Vorprung an der Spitze. Er führt mit 440 Punkten vor dem Berliner Ruder-Club, der nur 145 Punkte zu verzeichnen hat. An dritter Stelle folgt der Erste Breslauer Ruder-Verein mit 77½ Punkten. Letzterer hat seine Punktzahl auf der Kampfsport-Regatta in Breslau erworben, wo die erste Klasse nur durch den Berliner R. V. im Doppelpaar vertreten war.

Helen Radisson verbesserte ihre eigene Weltbestleistung über 100 Yards Freistil von 60,8 auf 59 Sekunden.

Bei den Fußball-Weltmeisterschaften in Montevideo gewann Frankreich gegen Mexiko mit 4:1 Toren.

Billige Teppiche, Läufer, Brücken, Bettvorlagen. Gustav Frey. Telefon 4234. Schillerstraße 34. Erfinder. Astrobiologischer. Verschiedenes. nach Stuttgart.

Roll's beliebte Plundwäsche. Rasenbleiche. 1 Sonnen-Elektrowagen. Schneiderin.

Badener Thermalbad Krozingen. Erstes Herzheilbad Badens. Glänzende Heilerfolge bei: Herzleiden, Rheuma, Gicht, Ischias, Neuralgien, Frauenkrankheiten. Zuschneiden. Altertümer. Immobilien. Lederjacke.

Entscheidendes Feinstoff- u. Wolleproduktengeschäft in sehr guter Lage preiswert zu verkaufen. Heiratsgesuche. Chevermittlung. Kaufmann, Witw., 30 alt, enal., mit 1 Kind, hat 2. Buben- u. 2. Mädchen. Fräulein.

IHR WUNSCH ERFÜLLT SICH. wenn Sie etwas kaufen oder verkaufen wollen; wenn Sie eine Stellung oder Personal suchen; wenn Sie eine Wohnung mieten, tauschen oder vermieten wollen; wenn Sie Teilhaber, Barmittel oder Hypotheken suchen; wenn Sie einen verlorenen Gegenstand wieder erlangen wollen. durch eine kleine Anzeige in der Badischen Presse.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 16. Juli 1930.

Die Heimattag-Ausstellungen in der Stadt. Ausstellungshallen.

„Badener im Ausland“, „Deutschlands Kolonien und Marine“, „Deutscher Lebenswille“, „Badisches Kunstschaffen“! Diese vier Ausstellungen sind Dokument und Ereignis. Jede trägt ihr besonderes Gesicht, alle gemeinam offenbaren den jähren Kulturwillen, die Schaffens- und Melisfreudigkeit badischen Geistes. Eine seltene Gelegenheit zu reicher Anschauung und Belehrung, die sich keiner entgehen lassen sollte, dem es ernst ist im Interesse am eigenen Stammeswesen. Wie und wo in aller Welt badische Landsleute Heimat, wie sie wirken, werfen und bestehen, wie sie in der Fremde das Eigene in oft rührender Weise bewahren, in Sitte, Kleidung und Wohnstätte zum Ausdruck bringen, von alledem zeugt die Ausstellung: „Badener im Ausland“. Eine köstliche, sehr intime und zugleich anschauliche Einführung in die Geschichte des badischen Auslandslebens. Die „Kolonial- und Marineausstellung“ weckt zunächst schmerzliche Erinnerungen. Sie spricht in einer fülle ethnographischen und tabellarischen Materials von dem, was einmal deutsch war in Uebersee und macht uns den großen Kolonialraub eindringlich fühlbar. Geht auch dem Deutschen sein Recht auf Weltentwurf — das ist die zwingende Logik dieser umfangreichen und überaus interessanten Schau. Wie mächtig und auch zwingend dieser Wille zum Wiederaufbau, zu innerer und äußerer Freiheit im Deutschen lebt, lehrt die Ausstellung: „Deutscher Lebenswille“. Ein wahrer Heilquell gegen allen Skeptizismus, gegen alle Kopfhängerel. Daß dieser Lebenswille nicht nur nach außen gerichtet bleibt, dafür zeugt die vierte der Ausstellungen: „Badisches Kunstschaffen der Gegenwart“. So symbolisieren diese vier Ausstellungen gleichsam vier Wesenszüge des Deutschen: Treue zum Angestammten, Weltensinn, Wille zu männlicher Tat, Freude am Ideal. Der Besuch aller ist dringend zu empfehlen. Die Ausstellungsleitung hat sich entschlossen, die Besuchszeit für alle Ausstellungen, die um 10 Uhr beginnt, bis abends 7 Uhr zu verlängern. Sch.

Tagung der historisch badischen Bürgermilizen.

Im Rahmen des „Badener Heimattages“ fand am Sonntag den 13. Juli, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saale des städtischen Konzerthauses eine Tagung sämtlicher badischer Bürgerwehren statt. Angehörige aller Wehren und Milizen, an der Spitze die Offiziere, waren erschienen. Herr Karl Schmitt, Vorstand der Ettlinger Bürgerwehr, eröffnete die Versammlung unter Begrüßung aller Anwesenden und dankte der Stadtverwaltung Karlsruhe für die Bemühungen um das Zustandekommen des Milizentages. Zugleich dankte er den anwesenden Ehrengästen aus Stuttgart dem „Stuttgarter Stabreitertorps“, seinen Dank ab. Er schlug Herrn Hauptmann Kopf des Zeller Schützenkorps zum Vermittlungsmitglied vor. Auf Antrag des Vermittlungsmitglieds Herr Kopf das Präsidium unter Dank an. Begeisterter nahm er das Motto des Vermittlungsprogramms auf: „Was du ererbst von deinen Vätern, erwirb es, um es zu befeigen“ und feierte die Versammlung an, so zu handeln, daß ein altererbtes Gut unserer Heimat nicht im Trübel einer materialistischen Zeit verloren gehe. Hieraus erteilte er Herrn Kommandantführer Albert Fischer, dem bekannten Historiker Willingens, das Wort zu einem Referat über die Entstehung, den frühesten und heutigen Zweck der Bürgermilizen. In seiner volkstümlichen Weise entrollte er ein Bild über die Oberländer Bürgerwehren der alten und der neueren Zeit unter besonderer Betonung der Willinger Bürgerwehrgeschichte. Willingens währte das Andenken an die Tapferkeit ihrer Vorfahren durch Erhaltung einer Gruppe Bürgerjünglinge in der Kleidung, wie sie im 17. Jahrhundert üblich war. Der älteste Willinger Junge, der Harro-Junge, angeschlossen, tritt sie bei den bekannten historischen Spielen am Fastnachtsdienstag auf, wird aber in neuerer Zeit, um ihren ursprünglichen historischen Charakter voll zu wahren, auch zu den sonstigen städtischen Feierlichkeiten herangezogen. Er schloß seinen interessanten Vortrag mit der Mahnung, alles Kulturgut zu erhalten und zu pflegen und sieht gerade in den Bürgerwehren die geeignete Organisation, diese Aufgabe überlieferungsgetreu zu erfüllen. Anschließend nahm Herr Walter, Hauptmann der Ettlinger Bürgerwehr, das Wort. Den Anwesenden legte er dar, was der Marsch der Milizen und Schützengilden durch die Landeshauptstadt und der Vorbemerkung an der Landesregierung bedeute: er soll sein ein Dank und eine Achtungserweisung den Männern, die die Geschichte unseres Landes in schwerer Zeit leiten, und er soll allen badischen Landsleuten aus nah und fern ein herzlich Grüß Gott in der Heimat bedeuten. Sein Wunsch ist der Zusammenschluß aller historisch badischen Milizen, Schützengilden und Bürgerwehren zu einer Landesvereinigung, um durch gemeinschaftliches Auftreten bei heimatischen Kundgebungen im Volk Freude und Liebe für unsere schöne Heimat zu wecken. Die Anlehnung der Vereinigung an den Verein Badische Heimat hält er empfehlenswert. In ein begeistert aufgenommenes Hoch auf unsere badische Heimat keine Rede aus. Herr Holz, Rittmeister der Stuttgarter Stadtreiter, überbrachte die Grüße der württembergischen Wehren. Sein Wunsch war die Knüpfung enger freundschaftlicher Bande zwischen den württembergischen und badischen Wehren. Herr Walter erklärte nun kurz noch die Punkte, unter denen der Zusammenschluß stattfinden soll, und schlug Herrn Kopf als vorläufigen Geschäftsführer der in Aussicht genommenen Landesvereinigung vor. Die Wehren dankten unter lebhaftem Beifall, als Herr Kopf die Wahl annahm. Herr Kopf machte den Vorsitzenden der Wehren zur Aufgabe, baldigst die Abstimmungsergebnisse ihrer Wehren über den Zusammenschluß ihm zuzuleiten, jedoch noch im Jahre 1930 die geplante Vereinigung zur Tat wird. Mit einem schneidig vorgetragenen Schlußmarsch der Bürgermilizentapelle Sippingen wurde die in schönster Form verlaufene und mit dem Willen zur Einigung besetzte Versammlung geschlossen.

Aus dem Karlsruhe Gerichtsamt.

Beurteilte Erpresser. In der Dienstausführung des Schöffengerichts I unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller hatten sich der 21 Jahre alte, ledige Hilfsarbeiter Karl Lauz wegen schweren Diebstahls und Erpressung, der 27 Jahre alte, verheiratete Mechaniker Albert Müntz, der 25 Jahre alte Landwirt Josef H a u j e l m a n n und der 26 Jahre alte Hilfsarbeiter Johannes Schrotz, sämtlich aus Nöhlingen, wegen Erpressung zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Der Hauptbelastete ist der erstgenannte Lauz, der trotz seiner Jugend schon ziemlich heruntergekommen, mit einem Weggermeister in unlauteren Beziehungen stand und diese Vorfälle später benutzte, um sein Opfer darunter zu erpressen. Er ging sogar noch weiter, indem er den drei anderen Angeklagten von den Dingen Mitteilung machte, die dann ihrerseits ebenfalls größere Geldbeträge erpreßten. Die erpreßten Gelder belaufen sich im ganzen auf etwa 700 bis 800 Mark. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt das Schöffengericht die Angeklagten im Sinne der Anklage überführt. Der Angeklagte Lauz hatte außerdem noch aus dem Laden des Weggermeisters eine verschlossene Kaffette entwendet, diese erbrochen und einen Geldbetrag von 82 Mark an sich genommen. Das Urteil lautete gegen Lauz wegen fortgesetzter Erpressung und erschwerter Diebstahls auf 6 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Müntz wegen Erpressung auf zwei Monate Gefängnis, abzüglich einen Monat Untersuchungshaft, gegen die Angeklagten Haujelman und Schrotz je einen Monat Gefängnis. Jugendliehe Einbrecher. Wegen fortgesetzten schweren Einbruchdiebstahls stand am Dienstag der 19 Jahre alte, vorbestrafte Hilfsarbeiter, Marus Kohler aus Sengen a. S. vor dem Einzelrichter. Klageantrag war der ebenfalls 19 Jahre alte Hilfsarbeiter Leopold Brecht aus Karlsruhe wegen Beihilfe und Hehlerei. Kohler hat in Karlsruhe ungefähr zwölftwölf schwere Einbrüche ausgeführt, wobei ihm Brecht in den meisten Fällen sekundierte, indem er Schmiere stand. Verkaufshäuschen, Ladengeschäfte und einige Kinos der Stadt wurden von den Burchen erbrochen und Geld, Lebensmittel usw. gestohlen. Die beiden Angeklagten waren gefänglich. Das Urteil lautete gegen Kohler auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und gegen Brecht auf sechs Wochen Gefängnis. Briefkasten. (Anfragen können nur Berücksichtigung finden, wenn die laufende Abonnements-Datierung und die Porto-Ausgaben beiliegend werden.) 774. D. R. I. B. Brieflich beantwortet. 775. Dr. B. 1000. Brieflich beantwortet. 776. R. L. B. Brieflich beantwortet.

Aus Berni und Familie.

Dienstbüchlein. Verwaltungsoberinspektor Josef Jung bei der Stadtkanzlei, Abteilung VI, feierte sein 25 jähriges Dienstbüchlein. Der durch seine Tätigkeit bei der städtischen Hauptverwaltung in weiten Kreisen der Stadt bekannte und sehr beliebte Beamte durfte sich aus diesem Anlaß zahlreiche Glückwünsche aus der Bevölkerung erfreuen. Als Anerkennung für freigelegte Dienste ließ ihm die Stadtverwaltung durch Herrn Stadtkanzler Dr. H e r m a n n unter ehrenvollen Worten eine wertvolle Medaille überreichen, während Herr Verwaltungsdirektor Scherer als Dienstvorgesetzter dem Jubilanten als Errecher der Beamtenhaft mit warmer Empfindung die Verdienste des Jubilanten und seine kollegialen Eigenschaften hervorhob und ihm als überaus Zeichen der Verehrung ein schönes Geschenk der Kollegen überreichte. Im Rahmen des Jubiläumlichen Arbeitsjahres wünschte er ihm ein weiteres Vierteljahrhundert verdienstvoller Tätigkeit.

Der Ankauf des alten Bahnhofsgeländes durch die Stadt.

Die Neugestaltung des Marktwesens.

Wie schon gemeldet, ist der Stadtrat mit den beiden Eigentümern des alten Bahnhofsgeländes nämlich der Reichsbahnverwaltung und der Domäne zu einer Verständigung gekommen über die Abtretung des Geländes des alten Bahnhofes an die Stadt Karlsruhe. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses sind die Kaufverhandlungen zwischen Stadtverwaltung einerseits und Reichsbahn und Domäne andererseits abgeschlossen worden. Nach den Verkaufsbedingungen verpflichtet sich die Stadtverwaltung der Reichsbahn 1 350 000 M zu bezahlen für das der Bahn gehörende Gelände (samt den daraufstehenden Gebäulichkeiten). Zu den Gebäulichkeiten gehören das alte Aufnahmegebäude an der Kriegsstraße und die Werkstätten bzw. die aus früheren Werkstätten für Wohnzwecke verwendete Gebäude an der Baumeisterstraße. Der badische Domäne, deren Gebiet in das alte Bahnhofsgelände eingeschritten ist, muß die Stadt Karlsruhe nach den Verkaufsbedingungen einen Preis von 600 000 M bezahlen, jedoch sich der Gesamtpreis für das alte Bahnhofsgelände auf 1 950 000 M stellt. Für das von der Reichsbahn zu erwerbende Gelände von 48 663 Quadratmeter würde also pro Quadratmeter ein Preis von 21,58 M zu bezahlen sein. Für die 27 317 Quadratmeter, die von der Domäne erworben werden, stellt sich der Preis pro Quadratmeter auf 21,95 M. Hierbei ist zu beachten, daß der höhere Preis für die Reichsbahn dadurch bedingt ist, daß das Gelände der Bahn zum Teil überbaut ist, während das Gelände der Domäne nicht überbaut ist. Mit Ausnahme des alten Aufnahmegebäudes, dessen Hauptteil schon wegen seines bauhistorischen Charakters erhalten werden soll, müssen die übrigen Gebäude, nämlich die an der Baumeisterstraße, abgebrochen werden. Da die Reichsbahn gezwungen ist, an Stelle der abzubrechenden Gebäude, in denen sich zum Teil Werkstätten, zum Teil Wohnungen befinden, Neubauten an einer anderen Stelle der Stadt zu erstellen, hat die Reichsbahn darauf gedrungen, daß der Kaufpreis von der Stadt bar bezahlt wird. Die Reichsbahn hat das Gelände in 6 Abschnitte verteilt, die Zug um Zug geräumt werden, jedoch bis zum Jahre 1932 das gesamte Gelände einschließlich der daraufstehenden Bauten einzüglich Eigentum der Stadt würde. Die Domäne würde sich mit einer Anzahlung von 100 000 Mark begnügen. Der Rest müßte in 15 Jahresraten abbezahlt werden bei einer Verzinsung von 4 Prozent. Da der Stadt nach Abzug der Straßen und freien Plätze nur eine Baufläche von 52 123 Quadratmeter zur Verfügung steht, würde also das zum Wiederverkauf bzw. zur Selbstverwendung der Stadt zur Verfügung stehende Gelände auf 28,73 Mark pro Quadratmeter kommen. Bei längerem Brachliegen des Geländes würde sich dieser Preis durch die angewandten Kapitalzinsen noch etwas erhöhen. Wenn sich der Stadtrat trotzdem einmütig für den Ankauf des Geländes ausgesprochen hat, so war dafür in erster Linie maßgebend die Notwendigkeit der engeren Verbindung zwischen Altstadt und Südstadt und die dringend erforderliche baldige Durchführung der Marien- und Wilhelmstraße. Außerdem hofft man durch die Belegung des Platzes auch einen Ausgleich zu schaffen für die gewaltige Entwertung der Gebäude gegenüber dem alten Bahnhof, die durch die Verlegung des Bahnhofes entstanden ist. Auf dem alten Bahnhofsgelände könnte Platz geschaffen werden für rund 460 Neubauwohnungen. Mitbestimmend für den Beschluß des Stadtrats war die künftige Gestaltung des Marktwesens. Trotz der Erweiterung, die der Markt am alten Bahnhof vor kurzem erfahren hat, ist der gegenwärtige Zustand des Marktes auf die Dauer unzulässig. Ganz abgesehen davon, daß die Lage des Marktes

an einer der Hauptverkehrsstraßen, der Kriegsstraße, in keiner Weise den hygienischen Anforderungen der heutigen Zeit entspricht, fehlt es in Karlsruhe an einem Platz für einen richtigen Großmarkt, jedoch die Zufuhren für den Großmarkt gegenüber anderen Städten ins Hintertreffen geraten sind. Die Stadterweiterung hat deswegen vorgezogen, einen Teil des Geländes zur Schaffung eines neuen Marktplatzes zu verwenden und zwar ein Gelände von rund 10 000 Quadratmeter. Dieser neue Marktplatz würde sich erstrecken in der Breite des alten Aufnahmegebäudes von der Kriegsstraße bis zur Baumeisterstraße, würde also zwischen der neuzuzuführenden Marienstraße und Wilhelmstraße nördlich und südlich begrenzt von der Kriegsstraße bzw. der Baumeisterstraße liegen. Besonders günstig würde die Neugestaltung des Marktes werden für den Großmarkt, da für denselben das alte Aufnahmegebäude verwendet würde, ferner die Anschlußgleise vom alten Güterbahnhof benutzt werden könnten und eine gute Autoanfahrt zwischen Aufnahmegebäude und Kleinmarkt geschaffen werden könnte.

Sehr wichtig, aber noch unentschieden ist die Frage über die Gestaltung des Kleinmarktes. Infolge der wirtschaftlichen Lage wird man davon absehen müssen, eine Markthalle mit teuren Einrichtungen wie Kühlanlagen etc. zu erstellen. Die Errichtung einer solchen Halle würde zwangsläufig auch zu einer beträchtlichen Erhöhung der Standgeländer und damit zu einer indirekten Verteuerung der Waren führen. Man wird sich also wohl damit begnügen, eine möglichst billige Ueberdachung des Marktes zu schaffen. Man denkt dabei an eine Holzkonstruktion nach dem Zollinger System, die nach einem provisorischen Voranschlag zu einem Preis von zirka 400 000 M zu erstellen wäre. Für die Neugestaltung des Marktes würde die Stadt außerdem noch erhebliche Mittel aufwenden zu haben. So müßten in Rechnung gestellt werden der Erwerbspreis des Geländes in Höhe von 410 000 M, das alte Empfangsgebäude mit 300 000 M, das Herrichten des Gebäudes für Lagerzwecke mit 65 000 M, für den Gleisanfschluß mit 4000 M und für die Instandsetzung des übrigen Geländes für Marktzwecke mit 130 000 M, zusammen also eine Summe von 910 000 M, was bei einem Zinsendienst von 7 Prozent eine jährliche Summe von 63 700 M erfordern würde. Da nach den heutigen Verhältnissen aus Standgeldern nur mit einer Einnahme von 35 000 M zu rechnen ist, hätte die Stadt einen jährlichen Zuschuß von 28 000 M zu leisten.

In Anbetracht der großen Bedeutung der verschiedenen Fragen, die mit dem Ankauf des Geländes am alten Bahnhof zusammenhängen, glaubt der Stadtrat, daß trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage, der Bürgerausschuß dem Ankauf zustimmen wird, obgleich man allgemein der Ansicht ist, daß man es bei der Errichtung des neuen Bahnhofes, für den von der Stadt zum Teil das Gelände unentgeltlich abgetreten wurde, verläumt hat, sich durch einen Vertrag mit der Reichsbahn das Gelände des alten Bahnhofes im Tauschwege zu sichern, ähnlich wie es in Basel geschehen ist bei der Verlegung des dortigen Bahnhofes. Es dürfte aber seinen Zweck haben, heute mit „wenn“ und „hätte“ zu operieren. Der Stadt bleibt gar nichts übrig, als das Gelände möglichst bald in eigenen Besitz zu bringen, damit die unschöne Lücke im Stadtbild verschwindet, damit die Verbindung zwischen Altstadt und Südstadt endlich hergestellt wird und damit dem Gebiet des alten Bahnhofes wieder neues frisches pulserendes Leben zugeführt wird.

Sollte — wie nicht zu bezweifeln ist — der Bürgerausschuß dem Projekt zustimmen, könnte schon im Herbst mit der Durchführung der Marienstraße und Wilhelmstraße und der Neugestaltung des Marktes begonnen werden und damit Arbeit und Brot geschafft werden für unsere Erwerbslosen.

Aus dem Karlsruhe Gerichtsamt.

Beurteilte Erpresser. In der Dienstausführung des Schöffengerichts I unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. Müller hatten sich der 21 Jahre alte, ledige Hilfsarbeiter Karl Lauz wegen schweren Diebstahls und Erpressung, der 27 Jahre alte, verheiratete Mechaniker Albert Müntz, der 25 Jahre alte Landwirt Josef H a u j e l m a n n und der 26 Jahre alte Hilfsarbeiter Johannes Schrotz, sämtlich aus Nöhlingen, wegen Erpressung zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Der Hauptbelastete ist der erstgenannte Lauz, der trotz seiner Jugend schon ziemlich heruntergekommen, mit einem Weggermeister in unlauteren Beziehungen stand und diese Vorfälle später benutzte, um sein Opfer darunter zu erpressen. Er ging sogar noch weiter, indem er den drei anderen Angeklagten von den Dingen Mitteilung machte, die dann ihrerseits ebenfalls größere Geldbeträge erpreßten. Die erpreßten Gelder belaufen sich im ganzen auf etwa 700 bis 800 Mark. Auf Grund der Beweisaufnahme hielt das Schöffengericht die Angeklagten im Sinne der Anklage überführt. Der Angeklagte Lauz hatte außerdem noch aus dem Laden des Weggermeisters eine verschlossene Kaffette entwendet, diese erbrochen und einen Geldbetrag von 82 Mark an sich genommen. Das Urteil lautete gegen Lauz wegen fortgesetzter Erpressung und erschwerter Diebstahls auf 6 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft, gegen Müntz wegen Erpressung auf zwei Monate Gefängnis, abzüglich einen Monat Untersuchungshaft, gegen die Angeklagten Haujelman und Schrotz je einen Monat Gefängnis. Jugendliehe Einbrecher. Wegen fortgesetzten schweren Einbruchdiebstahls stand am Dienstag der 19 Jahre alte, vorbestrafte Hilfsarbeiter, Marus Kohler aus Sengen a. S. vor dem Einzelrichter. Klageantrag war der ebenfalls 19 Jahre alte Hilfsarbeiter Leopold Brecht aus Karlsruhe wegen Beihilfe und Hehlerei. Kohler hat in Karlsruhe ungefähr zwölftwölf schwere Einbrüche ausgeführt, wobei ihm Brecht in den meisten Fällen sekundierte, indem er Schmiere stand. Verkaufshäuschen, Ladengeschäfte und einige Kinos der Stadt wurden von den Burchen erbrochen und Geld, Lebensmittel usw. gestohlen. Die beiden Angeklagten waren gefänglich. Das Urteil lautete gegen Kohler auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und gegen Brecht auf sechs Wochen Gefängnis. Briefkasten. (Anfragen können nur Berücksichtigung finden, wenn die laufende Abonnements-Datierung und die Porto-Ausgaben beiliegend werden.) 774. D. R. I. B. Brieflich beantwortet. 775. Dr. B. 1000. Brieflich beantwortet. 776. R. L. B. Brieflich beantwortet.

Voranzeigen der Veranstalter.

Abchiedskonzert Josef Müller. Auf den heute Mittwoch abend im Konzerthaus stattfindenden Abchiedsabend von Herrn Kameränger Josef Müller sei nochmals hingewiesen. Karten sind noch zu haben in der Musikalienhandlung und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiser-Edel-Bauhof, sowie an der Abendkasse. Kaffee-Dauer. Zum heutigen Mittwoch-Konzert hat Kapellmeister Dörfel ein abwechslungsreiches Programm gewählt. Er selbst spielt als Einzige Wieniawski's d-moll Violinkonzert. (Siehe die Anzeige.) Kaffee-Duo. Herr Rimsky Kossakoff feiert heute Mittwoch abend im Duo seinen Ehren- und Abchiedsabend. Kaffee des Westens. Heute, Mittwoch, findet wieder ein Gesellschafts-Tanzabend statt, die neue Kapelle Herrs Raga spielt zum Tanz in Saalbesetzung. Standkonzert. Am Freitag, den 18. Juli, nachmittags von 5-6 Uhr, findet die Volkstanzkapelle unter Leitung von Obermusikmeister Seiffa auf dem Schloßplatz.

Anna May Wong im Tonfilm.

„Hai Tang“ in den Residenz-Theatern. Man sagt der kleinen Chinesin Anna Wong, die in ihren Namen noch das poetische May einschloß, voller Begeisterung für die Fierlichkeit ihrer zarten Figur und die hingebende Ausdrucksweise ihres Spiels nach, in ihren Augen lebe die Seele Chinas. Das läßt sich so ohne weiteres nicht kontrollieren, denn die kleine Wong wurde in der immerhin doch ziemlich kultivierten china-town von St. Franzisko geboren und auf einem sehr ameritanischen college erzogen. Sie hat gelernt, sehr elegant deutsch und englisch zu sprechen und zu filmen, eine Tätigkeit, die weniger durch „Seele“ als durch den gut geführten Schminkestift beeinflusst wird. Es darf also nicht Wunder nehmen, wenn die „Seele Chinas“ in prachtvollen Gewändern und recht geschickten rituellen Nachahmungen ihren Ausdruck findet, eine Feststellung, die für die Beurteilung des Filmes durchaus positiv gewertet werden kann. Damit ist schon gesagt, daß die Geschichte der armen kleinen Hai Tang einen filmischen Niederbroschlag gefunden hat, der rein regiemäßig das gehalten hat, was der Name Richard Eichberg verspricht. Eichberg ist der Mann, der aus einem noch so dürftigen Manuskript einen Film schaffen kann, der entweder das Auge reißlos bestiebt, oder gewisse Wirkungen auf die Tränenrücken ausübt. Auch das Manuskript zu „Hai Tang“ kann nicht als vollkommen ausreichend für die Zwecke erachtet werden, die der Film verfolgte, aber Eichberg drehte einen Film heraus, der sich unbedingt sehen lassen kann: einen farbenfrohen, lebendigen Streifen voll tiefen Zaubers, der sich um die kleine Anna May Wong spielt. Sie spielt, singt und tanzt mit der Eleganz einer großen Schauspielerin. Lederer und Kahlle verdienen als Partner genannt zu werden. Auch die Beifilme verdienen im Rahmen des empfehlenswerten Programms Anerkennung.

Trinkt Freyversbacher Sprudel. FREYERSBACHER MINERALQUELLEN BAD PETERSTAL (RENTHAL) Zur Mischung mit Wein oder Fruchtsäften vorzüglich. Hervorragendes Tafel- und Gesundheitswasser / zu Trinkkuren für Gesunde und Kranke ärztlich bestens empfohlen. Gegen Erkrankung der Schleimhäute, Atmungs- und Verdauungsorgane, Magen-, Nieren- und Blasenleiden. Wirksamstes Heilmittel • Blutbildend.

